



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

April 2017

*Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Termine:

04.05. 10:00 Uhr:
Besuch der **Astrid-Lindgren**
Schule in **Bofsheim**

05.05. 18:00 Uhr:
Mitgliederversammlung der
SPD Ortsvereine in **Taubert-
bischofsheim** und **Wertheim**

06.05. 10:30 Uhr:
Gedenkveranstaltung zum
10. Todestag von **Karl-Heinz**
Joseph in **Walldürn**

13.05. 10:00 Uhr:
Tag der **Städtebauförde-
rung** in **Freudenberg**

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

erleichtert war ich über den Erfolg des pro-europäischen Kandidaten Emmanuel MACRON in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Zugleich aber auch besorgt über das Abschneiden der rechtsextremen Marine LE PEN. Insgesamt haben rund 40 Prozent der Wähler*innen europafeindlichen Kandidaten ihre Stimme gegeben. Uns sind diese Zahlen Warnung und Auftrag zugleich, das **europäische Friedensprojekt wieder in die Herzen der Menschen zu pflanzen.**

Zunächst hoffe ich natürlich, dass MACRON den zweiten Wahlgang am 7. Mai gewinnen wird. Denn mit LE PEN wird es einen Volksentscheid zum Austritt Frankreichs aus der EU geben. Sollte die französische Bevölkerung einem FREXIT zustimmen, wäre dies das Ende der EU. **Ein Horrorszenario!** Eine

EU ohne Frankreich ist im Unterschied zu einer EU ohne Großbritannien nicht denkbar.

Auch deshalb arbeiten wir als SPD-Bundestagsfraktion intensiv am **Projekt des sozialen Europas.** Wir sind überzeugt: **Die soziale Dimension ist das, was Europa zusammenhält.** Mit unserer Debatte über soziale Gerechtigkeit liegen wir genau richtig. Die Menschen wollen spüren, wofür wir, auch in Europa, stehen: für **Frieden und soziale Sicherheit.** Sei es bei Krankheit, Mutter- und Vaterschaft, Rente, Arbeitslosigkeit, bei Familienleistungen, Armut, vor allem Kinderarmut, oder bei Berufskrankheiten. Wir stehen in Europa für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für gute Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit.

Selbstbewusst stehen wir für eine geschlechtergerechte, inklusive und menschenwürdige Gesellschaft. Und die **Gegenkräfte zu Rechtsextremismus und Populismus wachsen.** Jede Woche feiern wir unser **Europa** auf den Plätzen von Berlin, Wien, Lissabon **oder Mosbach.** Mit unserem Kandidaten Martin SCHULZ haben wir einen erfahrenen und starken Kämpfer für Europa.

Übrigens: In Brüssel hat die Parlamentsverwaltung, an deren Spitze ein Christdemokrat steht, alle kritisierten Personalentscheidungen zur Beförderung aus dem Kabinett des ehemaligen Präsidenten SCHULZ, für korrekt befunden.

Hier scheint schon sehr tief in die **Trickkiste der Wahlkampfmanöver** gegriffen worden zu sein.

Eure Dorothee

SPD

SPD schafft 100.000 neue Plätze und bessere Qualität bei der Kinderbetreuung

Gute Nachrichten für die **Kindertagesstätten bei uns vor Ort**: Wir haben in dieser Woche auf Initiative der SPD im Bundestag beschlossen, den quantitativen **Ausbau der Kindertagesbetreuung** weiter voranzutreiben.

Der Bund stellt von 2017–2020 mit dem vierten Investitionsprogramm 1,126 Milliarden Euro mehr Geld für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Damit können **100.000 zusätzliche Plätze** in der Kindertagesbetreuung bis zum Schuleintritt finanziert werden.

Wir wollen **Kinderarmut bekämpfen** und die **Integration von Kindern** mit Migrationshintergrund fördern. 2017 werden einmalig 216 Millionen Euro und von 2018–2020 jährlich 300 Millionen Euro zusätzlich investiert. Damit die Länder mehr Zeit haben, um die Mittel abzurufen, haben wir die **Bewilligungsfristen** um ein Jahr

verlängert. Übrigens sollen im Gesetz alle Fristen um ein Jahr verlängert werden, so dass auch für den Bau mehr Zeit gewonnen wird.

In einem nächsten Schritt sollen **qualitative Verbesserungen** in der Kindertagesbetreuung befördert werden.

Gemeinsam mit den Trägern werden wir Politiker*innen die Weiterentwicklung der **Qualität** in der öffentlichen Diskussion vorantreiben. Immer dann, wenn es um **Mehrausgaben** geht, bedarf es einer großen Anstrengung, für die Bund, Länder und Kommunen die **gemeinsame Verantwortung** tragen.

Wir brauchen daher die **Zusammenarbeit** zwischen öffentlichen und

freien Trägern, Gewerkschaften, Verbänden und Elternvertretungen, die den Prozess begleiten.



So haben es auch die über 80 Teilnehmenden (Eltern, Erzieher*innen und Lehrer*innen) im Frühjahr 2017 auf der **letzten Familienkonferenz im Neckar-Odenwald-Kreis** erörtert.

Denn anders als unser Koalitionspartner meinen wir in der SPD, dass **Erzieher*innen** nicht nur

mehr Wertschätzung und mehr Anerkennung verdienen, **sondern vor allem eine bessere Bezahlung**.

Auch das ist ein Mehr an Gerechtigkeit!

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Sechs Jahre nach der Unterzeichnung durch Deutschland soll das **Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** ratifiziert werden.

Über den entsprechenden Gesetzentwurf (18/12037) beriet der Bundestag am 27.4.

Alle Fraktionen begrüßten die Ratifizierung der sogenannten **Istanbul-Konvention** ausdrücklich.

Dort heißt es: Die **Gleichstellung der Geschlechter** muss in den Unterzeichnerstaaten verankert werden und alle **diskriminierenden Vorschriften** sind abzuschaffen. Und vorzugehen ist **gegen alle Formen** körperlicher, sexueller und psychischer

Gewalt, gegen Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation.

Die Konvention wurde am 11. Mai 2011 in Istanbul von 13 Mitgliedstaaten des Europarates unterzeichnet.

Bis Ende 2016 wurde sie von 43 Staaten unterzeichnet und von 22 ratifiziert.

Erwerbsminderungsrenten verbessern

Alle, die jeden Morgen aufstehen und Jahr für Jahr ihren Job machen, gehen davon aus, dass sie später durch die **gesetzliche Rente, Betriebsrente und private Vorsorge** für das Alter abgesichert sind. Was aber, wenn dieser Plan durchkreuzt

wird und eine Beschäftigung bis zum Renteneintritt unmöglich wird, zum Beispiel durch einen **Unfall oder eine schwere Krankheit** – vielleicht schon im Alter von 45 Jahren? Mit einem neuen Gesetz sollen Menschen, die in Zukunft aus gesund-

heitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, durch Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente **stärker vor Armut geschützt** werden. Diese wichtige sozialpolitische Maßnahme geht auf die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zurück.

Brexit-Verhandlungen: Keine Rosinenpickerei erlauben

Der Austrittswunsch des Vereinigten Königreichs ist ein tiefer **Einschnitt in die europäische Geschichte**. Und er wird zu massiven Einschnitten in allen Lebensbereichen in Großbritannien führen.

Darauf muss die britische Regierungschefin ihre Bürger vorbereiten, sonst droht ein „**hard Brexit**“, ein Austritt ohne geregeltes Abkommen. Das ist **weder im Interesse der EU, noch würde es Großbritannien helfen**.

Für uns ist wichtig: Es ist und bleibt im Interesse beider Verhandlungspartner, dass ein **gutes und enges Verhältnis** zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich fortbesteht.

Es gibt verschiedene Alternativen, wie die künftigen Beziehungen ausgestaltet werden. Unabhängig davon, für welches Modell sich Großbritannien entscheidet, steht bereits fest: Je tiefer die **wirtschaftliche Integration**

verbleiben soll, desto mehr Regeln und EU-Standards sind von Großbritannien einzuhalten. Für den Fortbestand der EU ist entscheidend: Großbritannien wird **keine Rosinenpickerei** gestattet.

Wenn ein Land aus der EU austritt, kann es keine **Vorteile der europäischen Gemeinschaft** behalten.

Großbritannien wird nach dem Austritt aus der EU ein normales **Drittland** sein und so behandelt werden. Eine Partnerschaft außerhalb der Europäischen Union ist zwangsläufig weniger als eine Mitgliedschaft in der EU.

Die Austrittsgespräche müssen **fair und ohne Schuldzuweisungen**, aber mit klarem Blick für die Interessen der verbleibenden **27 Mitgliedstaaten** geführt werden. Gegenseitiger **Respekt und Wille zur gemeinsamen Zusammenarbeit** dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Das sind wir nicht zuletzt **den jungen**

Brit*innen schuldig, die sich für einen Verbleib in der EU ausgesprochen haben.

Ich bin mir sehr sicher, dass die Verhandlungen zeigen werden, was wir in Europa gemeinsam erreicht haben. **Bei aller Kritik ist Europa reformierbar, wenn wir miteinander füreinander Verantwortung übernehmen**. Zu viele Erfolge der EU werden als selbstverständlich angesehen. Die EU wurde als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Es ist unsere Aufgabe, dass wir jetzt das Wohlfahrtsversprechen einlösen.

Europa wird gelingen, wenn es auch für die nächste Generation ein **Projekt der Hoffnung** ist. Deshalb ist der Kampf um gute Arbeitsplätze, bessere Bezahlung und soziale Sicherheit so ungeheuer wichtig. **Mit Martin Schulz haben wir den richtigen Kanzlerkandidaten für unser Projekt „soziales Europa“**.

Demokratische Kräfte in der Türkei stärken

Nach dem **sehr knappen Ausgang des Referendums in der Türkei** steht Präsident Erdoğan mehr denn je in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die türkische Gesellschaft nicht in einem gefährlichen Strudel aus innenpolitischer Eskalation in den Abgrund gerissen wird.

Wir bedauern, dass sich 51,4 Prozent der Wähler*innen für ein autoritäres Präsidialsystem ausgesprochen haben, mit dem der demokratischen Gewaltenteilung u.a. bei der Justiz in der Türkei schwerer Schaden zugefügt wird.

Allerdings bedeutet das knappe Ergebnis auch, dass **23 Millionen Türk*innen gegen die Verfassungsänderung** votiert haben. In der jetzigen Situation setzen wir alles daran, **die pro-europäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei zu stärken**.

Wir müssen in unserem eigenen Interesse **dialogbereit bleiben**, aber zugleich unsere Erwartungen an die türkische Regierung in aller Deutlichkeit formulieren. **Dazu gehört die Aufforderung, die zu Unrecht inhaftierten Journalisten und Oppositionellen freizulassen**.

Ich begrüße es, dass die Türkei wieder in ein **Monitoring-Verfahren des Europarats** aufgenommen werden soll. Mit diesem Entschluss reagierte die Parlamentarische Versammlung des Europarats auf die aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei und die verheerende Situation der Menschenrechte dort.

Das **Verhalten von Präsident Erdoğan** führt immer mehr dahin, dass die **Verhandlungen über einen möglichen EU-Beitritt des Landes eingefroren** werden müssen – mit der Einführung der Todesstrafe würde die Türkei selbst ihre Bei-

trittsverhandlungen beenden und ihre Mitgliedschaft im Europarat aufheben.

Menschenrechte sind universell gültig und dürfen nicht nach Laune eines Staatspräsidenten ausgehebelt werden.

Bei den in Deutschland abgegebenen Stimmen hat sich eine **hohe Zahl für die Einführung des Präsidialsystems** ausgesprochen. Fragen wir sie, **warum**.

Ihre Entscheidung aber **als Vorwand** zu nehmen, um **eine Abschaffung des Doppelpasses** zu fordern, ist **absurd und schürt sozialen Unfrieden**.

Statt auszugrenzen, müssen wir mit einem **Integrationsgesetz** dafür sorgen, dass alle hier **lebenden Türk*innen Teil unserer Gesellschaft** werden!!

Säule der sozialen Rechte: Chance für verbindliche EU-Standards

Die Europäische Kommission (KOM) hat Ende April mit der **Europäischen Säule sozialer Rechte** eines ihrer zentralen Vorhaben der Sozialpolitik vorgestellt hin zu einem sozialeren Europa.

Wir begrüßen diese Vorschläge der Kommission, denn wir brauchen dringend gemeinsame Regeln für **gute Arbeitsbedingungen für alle EU-Bürger*innen**. Die zwanzig Ziele müssen zum großen Teil durch die Mitgliedstaaten erfüllt werden. Denn diese haben die Kompetenzen im sozialen Bereich.

Leider werden viele sozialpolitische Projekte durch die Mitgliedstaaten blockiert – prominentestes Beispiel ist die ins Stocken geratene Reform der **Entsenderichtlinie**, die Arbeitnehmer vor Sozialdumping schützen soll. Leider sehen manche Mitglied-

staaten niedrige Sozialstandards auch als Wettbewerbsvorteil. Bei einem Treffen in der letzten Sitzungswoche in Berlin legte die Kommissarin für Beschäftigung und Sozi-



ales der EU-Kommission, **Marianne Thyssen** (im Bild neben mir mit Norbert Spinrath, MdB), dar, dass sie hier die Mitgliedstaaten in der Pflicht sieht.

Die KOM unterstützt die Mitgliedstaaten finanziell bei der Umsetzung

der Ziele. Wir begrüßen die eingeleiteten Beratungen zu Arbeitsverträgen und zum Sozialschutz. Um tatsächlich einen verbesserten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa zu erreichen, müssen die bestehenden **sozialen Rechte wirksamer durchgesetzt und die Sozialgesetzgebung an die aktuellen Verhältnisse angepasst** werden. Soziale Ungleichgewichte sind genauso schädlich für Europa wie wirtschaftliche Ungleichgewichte!!

Nun müssen die Vorschläge der Kommission in verbindliche Standards umgesetzt werden – etwa in einen Rechtsrahmen für Mindestlöhne und gemeinsame Mindeststandards der nationalen Grundversicherungssysteme.

Mehr Solidarität: Plattform für #ProgressiveEurope

Ende letzten Jahres stellten die Vorsitzenden der sozialdemokratischen und sozialistischen Fraktionen Europas in Paris die neue Webseite und Plattform vor:

[#ProgressiveEurope!](#)

Die Idee dahinter:

„Wir wollen ein Europa der Demokratie. Wir sind überzeugt, dass Europa mehr Kooperation, Koordinierung und Kommunikation zwischen den nationalen Parlamentariern benötigt, damit diese für mehr politische Impulse auf europäischer Ebene sorgen können.“

Es ist von grundlegender Bedeutung, die Rolle der nationalen Parlamente in der EU und die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken, wobei der Grundsatz der Subsidiarität auch in Zukunft die Richtschnur für die parlamentarische Zusammenarbeit sein muss.



Vor diesem Hintergrund haben die sozialdemokratischen und sozialistischen Parlamentsfraktionen der EU-Mitgliedstaaten unter der Federführung der Fraktionsvorsitzenden die Internet-Kommunikationsplattform **„Progressive Europe“** ins Leben gerufen.

Mithilfe dieser Plattform sollen Debatten vorangetrieben und eine engere Vernetzung von nationalen und europäischen Parlamentsabgeordneten erreicht werden. Darüber hin-

aus sind auf dieser Plattform Informationen über die regelmäßigen Konferenzen der Fraktionsvorsitzenden und der für Haushalt und Finanzen zuständigen Parlamentarier zu finden.

Alle Aktivitäten sind eng mit der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament verknüpft.“

Schaut doch mal rein: Es lohnt sich!

Einwanderung qualifizierter Fachkräfte bedarfsgerecht steuern

Deutschland wird im nächsten Jahrzehnt massiv vom **demografischen Wandel** betroffen sein.

Niedrige Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung stellen die deutsche Wirtschaft und die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme vor enorme Herausforderungen.

Allein in den nächsten zehn Jahren verliert Deutschland etwa sechs Millionen Erwerbstätige.

Mit mehr als 50 Aufenthaltstiteln und intransparenten Entscheidungsverfahren spricht unser bisheriges Einwanderungsrecht jedoch sehr wenig dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland an.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im November einen Entwurf für ein **Einwanderungsgesetz** präsentiert. Herzstück des SPD-

Konzepts ist ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um gut ausgebildete Fachkräfte, auch Nicht-Akademiker ins Land zu holen.

Auf einer Fachkonferenz im Bundestag hat SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann den Gesetzentwurf mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, NGOs, Ministerien, Stiftungen und Gewerkschaften erörtert.

Oppermann warnte: „Wir stehen vor einem dramatischen Fachkräftemangel. Schon jetzt haben wir eine Million offene Stellen in Deutschland, die nicht besetzt werden können.“

Deshalb sei **qualifizierte Einwanderung** dringend nötig. „**Deutschland ist ein Einwanderungsland!**“

Es nützt aber nichts, ein solches

Projekt mit der „Brechstange“ durchzusetzen. Alle **Teile der Bevölkerung müssen mitgenommen werden.**

Es ist wichtig, **Einwanderung von Asyl zu unterscheiden. Schutzsuchende brauchen Asyl.** Dabei geht es um einen humanitären Ansatz, dem es gerecht zu werden gilt.

Der Staat braucht Einwanderung. Dabei geht es um legitime wirtschaftliche Interessen.

Das Punktesystem unseres Gesetzentwurfs ist eine gute Grundlage für eine **geordnete Einwanderungspolitik**, die die Gesellschaft mitnimmt und allen Interessen zugutekommt.

Prävention auf kommunaler Ebene gegen Extremismus nachhaltig stärken

Terroranschläge und Amokläufe lassen sich nicht allein durch immer schärfere Sicherheitsgesetze verhindern.

Vielmehr bedarf es einer **Kombination** aus konsequenter Anwendung der **Sicherheitsgesetze, Stärkung von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz, gesellschaftlichem Zusammenhalt** und vor allem: vorbeugenden Maßnahmen.

Prävention vor Repression – das ist sozialdemokratische Politik. Wir wollen daher die Kommunen in der Präventionspolitik unterstützen.

Die drei Schwerpunkte des SPD-Konzepts „Öffentliche Sicherheit und Prävention“ zur Extremismus-Prävention sind: **vorsorgende Politik auf kommunaler Ebene, Stärkung der politischen Bildung und Aufklärung im Netz.**

Dies ist auch aus kommunaler Sicht die richtige Akzentsetzung.

Auf kommunaler Ebene sollte die Arbeit der **Präventionsräte** unterstützt werden. Wo es sie nicht gibt, sollte ihre Einrichtung vorangetrieben werden.

Unverzichtbar für die Vorsorge gegen Extremismus und Radikalisierung sind **Schulsozialarbeiter**. Hier müssen auch die Länder ihren Teil zur Präventionsarbeit beitragen.

Mit dem **Präventionsprogramm des Bundes ‚Demokratie leben!‘**, das in den vergangenen Jahren auf über 100 Millionen Euro mehr als verdreifacht worden ist, werden viele Impulse für eine präventive Politik auf kommunaler Ebene gegeben.

Allerdings darf dies kein Strohfeder sein. Mit einem **Demokratiefördergesetz** würde eine stabile

Finanzierung für erfolgreiche Präventionsprojekte gesichert. Lokale Initiativen und Einrichtungen brauchen eine sichere Perspektive und verlässliche Rahmenbedingungen.

Eine frühzeitige Prävention von Radikalisierung und Extremismus schafft soziale und öffentliche Sicherheit – langfristig und nachhaltig.

Demokratieförderung und Extremismusprävention müssen weiter ausgebaut und verstetigt werden. Unabdingbar hierfür ist die Einführung eines Demokratiefördergesetzes.

Im Bundeshaushalt 2018 werden für ein Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus weitere **100 Millionen Euro** zur Verfügung gestellt.

Keine Steuerrabatte für multinationale Konzerne – für mehr Steuergerechtigkeit

Kompliziert, aber sehr wichtig:

Der Bundestag hat das Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen beschlossen. Durch dieses Gesetz wird Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne ein Riegel vorgeschoben.

Bei bestimmten Einkunftsarten, z. B. aus Lizenzen oder Patenten war bisher eine Niedrigbesteuerung möglich. Patente, Lizenzen, Konzessionen oder Markenrechte lassen sich besonders einfach auf andere Rechtsträger bzw. über Staatsgrenzen hinweg übertragen.

Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass immer mehr Staaten durch besondere Regelungen in **einen unfairen Steuerwettbewerb mit anderen Staaten getreten sind und multinationale Unternehmen dies zur Gewinnverlagerung nutzen**.

Nun soll die steuerliche Abzugsmöglichkeit für konzerninterne Lizenzzahlungen eingeschränkt werden.

Wenn ein **Mittelständler aus Deutschland mehr Steuern zahlt als ein multinationaler Konzern mit Milliardenumsätzen, dann ist das ungerecht**.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher für ein Gesetz gesorgt, das diese schädlichen Steuerpraktiken eindämmt.

So sorgen wir für mehr Steuergerechtigkeit.



Polizei und Rettungskräfte beim Einsatz schützen

Gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte sind in jüngster Zeit deutlich angestiegen.

Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat.

Vergangene Woche hat der Bundestag ein **Gesetz zum besseren Schutz von Polizisten und Rettungskräften** verabschiedet. Denn wer täglich Streife geht oder in der Amtsstube seinen Dienst verrichtet, hat **Respekt verdient**.

Deshalb wird ein **neuer, eigenständiger Tatbestand** im Strafrecht eingeführt, **der tätliche Angriffe gegen Polizisten,**

Rettungskräfte und Feuerwehrleute mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren sanktioniert.



Mit dieser Gesetzesänderung wird auch das **Behindern von Helfern durch Gaffer am Unfallort unter Strafe gestellt**.

Denn leider hat die Rücksichtslosigkeit immer mehr zugenommen und gefährdet sogar Menschenleben.

Erasmus+ stärken – um „von und mit Europa“ zu lernen

In einem Fachgespräch mit Sachverständigen der EU-Kommission wurde im Bundestag deutlich: **Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte**. Das bekannteste **EU-Bildungsprogramm** muss – auch angesichts der anhaltenden Europa-Skepsis – **weiter gestärkt und ausgebaut** werden. Darin war ich mir auch mit Bundesbildungsministerin Johanna Wanka einig, die ich im **Europaausschuss**

befragte. Bislang haben **neun Millionen** Europäer*innen von dem Erasmus+-Programm **profitiert**, bis 2020 sollen weitere vier Millionen, vor allem junge Menschen folgen.

Einigkeit herrscht, dass das **Gesamtbudget** der nächsten Programmgeneration von Erasmus+ **aufgestockt** werden muss. In allen Bildungsbereichen dieses Programms müssen zum Teil qualitativ gute Anträge abgelehnt

werden, da dessen finanzielle Ausstattung nicht die tatsächlichen Bedarfe deckt. Wir wollen, dass **Erasmus+ über 2020 hinaus** weiter finanziert wird. Das Programm ist mit etwa 14,8 Milliarden Euro für 2014–2020 ausgestattet. Um ein Folgeprogramm auf diesem Niveau weiterführen zu können, ist eine **Aufstockung des Gesamtbudgets** um ca. 40 Prozent erforderlich.



Besuch des Tanztrainings der Buchener Hip-Hopper



Zum Referendum über die Verfassungsänderung in der Türkei war ich als Wahlbeobachterin im Generalkonsulat in Stuttgart.



Seit 40 Jahren feiert der SPD Ortsverein Waldbrunn den 1. Mai.



Vorlesestag in der 1. Klasse der Waldsteige-Grundschule in Mosbach



Hans Schubinger von den Wirtschaftsjunioren hat mich eine Woche im Deutschen Bundestag begleitet und auch Bundesjustizminister Heiko Maas getroffen.



Mitgliederversammlung mit Ehrungen im SPD-Ortsverein Edelfingen



Mit Nils Schmid diskutierte die SPD-Kreistagsfraktion und die Sozialdemokratische Gemeinschaft (SGK) im Neckar-Odenwald-Kreis über „Die Finanzsituation unserer Kommunen“ (v.l.n.r.: Georg Nelius, MdL, Heide Lochmann, MdL, Nils Schmid und neben mir Karl-Heinz Graner).



Im Mehrgenerationenhaus in Buchen



Sicherheitspolitisches Gespräch mit meinem Kollegen Rainer Arnold, MdB, auf Einladung der SPD-OVs Kilsheim und Tauberbischofsheim



Besuch der Baugenossenschaft „Familienheim Mosbach eG“



Maifeier beim SPD Ortsverein Binau



Besuch der Ausstellung „Opfer“ im Rathaus in Buchen, die von Studierenden der Bauhaus Universität Weimar in Zusammenarbeit mit „WEISSER RING e.V.“ gestaltet wurde.



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein starkes Team und ich gern zur Verfügung:

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de

Ralph Hornung
Nicole Nobel
Hilda Löser-Schäfer
Naile Sulejmani-Hoppe

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

dorothee.schlegel@bundestag.de

Johannes Gamer
Silke Pachal
Carolin Vogt

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr.1
97922 Lauda-Königshofen
Tel.: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de

Renate Gaul



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd